



Jemen 2025

Republik Jemen

Die Konfliktparteien im Jemen nahmen weiterhin willkürlich Personen fest, ließen Menschen gewaltsam verschwinden und verfolgten zu Unrecht diejenigen, die ihre Menschenrechtsbilanz und ihre Politik kritisierten, darunter Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und humanitäre Helfer*innen. Die USA und Israel führten Angriffe durch, bei denen Zivilist*innen getötet wurden. Die de-facto-Behörden der Huthis verhafteten massenweise Hilfskräfte. Die de-facto-Behörden des Südlichen Übergangsrats gingen hart gegen friedliche Proteste vor. Alle Konfliktparteien unterließen es, wirtschaftliche und soziale Rechte zu schützen; internationale Mittelkürzungen verschärften die humanitäre Krise weiter. Frauen und Mädchen waren weiterhin geschlechtsspezifischer Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt. Die Strafverfolgung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LGBTI+) hielt an. Die Konfliktparteien trugen zur Umweltzerstörung bei.

Hintergrund

Trotz des von der UNO vermittelten Waffenstillstands griffen die Konfliktparteien sporadisch zivile Gebiete und Frontlinien an, unter anderem in den Provinzen Ta'iz, Lahj, Hodeidah und Hadramout.

Zwischen dem 15. März und dem 6. Mai führten die USA im Jemen weitere Luft- und See-Angriffe durch, die als „Operation Rough Rider“ bezeichnet wurden. Dies geschah als Reaktion auf die Angriffe der de facto-Regierung der Huthis auf die Schifffahrt. Bei den US-Luftangriffen kamen nach Schätzungen der unabhängigen Organisation *Airwars* mindestens 224 Zivilpersonen ums Leben.

Am 18. März nahmen die Huthis ihre Raketen- und Drohnenangriffe auf Israel wieder auf. Während die meisten von israelischen Verteidigungssystemen abgefangen wurden, wurden am 4. Mai Berichten zufolge vier Menschen bei einem Raketenangriff der Huthis in der Nähe des Hauptterminals des Flughafens Ben Gurion in Tel Aviv verletzt. Am 24. September wurden bei einem Drohnenangriff der Huthis in der Nähe eines Hotels in Eilat Berichten zufolge mehr als 20 Menschen verletzt.

Im Juli nahmen die Huthis ihre Angriffe auf Handelsschiffe wieder auf und versenkten zwei griechische Schiffe, die unter liberianischer Flagge im Roten Meer fuhren. Dabei kamen mindestens drei Besatzungsmitglieder ums Leben.

Zwischen Mai und September führte Israel Angriffe auf wichtige Infrastruktureinrichtungen im Norden des Jemen durch. Das *Civilian Impact Monitoring Project* berichtete, dass dabei Hunderte Zivilisten getötet und verletzt wurden. Bei einem israelischen Luftangriff in der Hauptstadt Sanaa am 28. August wurden der Huthi-Premierminister Ahmad al-Rahawi, neun Minister und zwei Kabinettsmitglieder getötet.



Laut *Save the Children* wurde im Laufe des Jahres durchschnittlich jeden Tag ein Kind getötet oder verletzt, die meisten durch Luftangriffe. Im Jahr 2025 wurden mehr als doppelt so viele Kinder getötet wie im Jahr 2024.

Rechtswidrige Angriffe

Am 28. April traf ein US-Luftangriff ein Internierungslager für Migrant*innen in Sa'ada im Nordwesten des Jemen und tötete oder verletzte Dutzende afrikanischer Migrant*innen, die von den de facto-Behörden der Huthis festgehalten wurden. Viele Überlebende erlitten erhebliche dauerhafte Verletzungen, darunter Schädel- und Wirbelsäulenverletzungen und verloren Gliedmaßen. Eine Untersuchung von Amnesty International kam zu dem Schluss, dass dies einen willkürlichen Angriff darstellte, der unverzüglich und transparent als Kriegsverbrechen untersucht werden sollte.^[1]

Im August antwortete das US-Zentralkommando auf Fragen von Amnesty International zu dem Angriff, es sei dabei, „alle Berichte über zivile Opfer infolge von Operationen in diesem Zeitraum zu prüfen“. Trotz entsprechender Zusagen hatten die USA die Ergebnisse dieser Prüfungen bis zum Jahresende jedoch nicht veröffentlicht.

Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit

Die de-facto-Behörden der Huthis

Die De-facto-Behörden der Huthis verschärften ihre Angriffe auf zivilgesellschaftliche Organisationen, UN-Mitarbeitende und Journalist*innen, die sie kritisierten. Die Huthis führten in den von ihnen kontrollierten Gebieten mehrere Verhaftungswellen durch und nahmen willkürlich mindestens Dutzende von UN-Mitarbeitenden fest. Nach Angaben der UN belief sich die Gesamtzahl ihrer seit 2021 von den Huthis willkürlich festgehaltenen Mitarbeitenden im Dezember auf 69.

Dutzende Mitarbeitende jemenitischer und internationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen, die im Laufe des vergangenen Jahres von den Huthis festgenommen worden waren, blieben ohne Anklage und ohne angemessenen Zugang zu ihren Anwält*innen oder Familienangehörigen in Haft.^[2]

Am 11. Februar starb ein inhaftierter Mitarbeiter des Welternährungsprogramms in Huthi-Gewahrsam.^[3]

Im Mai verhafteten die Huthis laut Angaben der jemenitischen Journalistengewerkschaft sechs Journalist*innen und Medienaktivist*innen in Hodeidah.

Am 24. Mai verurteilte das in Sanaa ansässige Sonderstrafgericht (SCC) Mohammed al-Mayahi wegen der Verbreitung falscher und irreführender Nachrichten. Er wurde laut dem jemenitischen Journalistenverband zu eineinhalb Jahren Haft verurteilt.

Ebenfalls im Mai erließen die Huthi-Behörden eine Anordnung, die es allen Medienunternehmen und Content-Erstellern untersagte, in Sanaa ohne vorherige Genehmigung des von den Huthis geführten Informationsministeriums zu filmen oder Interviews vor Ort zu führen.

Am 25. September nahmen die Huthis den prominenten Menschenrechtsanwalt Abdul Majid Sabra willkürlich fest, weil er in den sozialen Medien Beiträge zum Nationalfeiertag am 26. September



veröffentlicht hatte. Die Huthis hielten zudem Menschen an Kontrollpunkten an, durchsuchten ihre Handys nach Inhalten bezüglich des Feiertags und verhafteten Dutzende Menschen in den nördlichen Provinzen, die diesen Tag begangen hatten.[\[4\]](#)

Der südliche Übergangsrat

Die De-facto-Behörden des Südlichen Übergangsrats (STC) gingen in den von ihnen kontrollierten Gebieten hart gegen Versammlungen vor. Im Mai und Juni führten Frauen in Aden friedliche Proteste an, bei denen sie sozioökonomische Rechte forderten. Auslöser waren häufige Strom- und Wasserausfälle. Bei verschiedenen Gelegenheiten gingen die Sicherheitskräfte des STC mit übermäßiger Gewalt gegen Demonstrierende vor, schränkten deren Bewegungsfreiheit unrechtmäßig ein und hinderten sie daran, Fotos oder Videos aufzunehmen.

Am 17. Mai erließ das Sicherheitskomitee des STC in Aden ein Verbot aller Proteste und öffentlichen Veranstaltungen in Aden, bis „die Voraussetzungen gegeben sind, um deren friedlichen Verlauf und die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften durch die Organisatoren zu gewährleisten“.

Am 14. Juni nahmen dem STC nahestehende Sicherheitskräfte die Menschenrechtsverteidigerinnen Maha Awad und Afraa Harriri während einer friedlichen Demonstration im Stadtteil Mu'alla in Aden willkürlich fest. Sie wurden kurzzeitig auf der Polizeistation al-Mu'alla festgehalten, bevor sie freigelassen wurden.

Am 18. Januar wurde der Journalist Ahmad Maher aus dem Bir-Ahmad-Gefängnis in Aden entlassen, nachdem er am 25. Dezember 2024 vom in Aden ansässigen Spezialisierten Strafgericht (SCC) für Berufungssachen freigesprochen worden war. Er war im Mai 2024 vom SCC nach einem grob unfairen Prozess wegen der Verbreitung falscher und irreführender Nachrichten – ein nach internationalem Recht nicht anerkanntes Verbrechen – sowie wegen der Fälschung von Ausweisdokumenten zu vier Jahren Haft verurteilt worden.[\[5\]](#)

Die De-facto-Behörden des STC hielten den Journalisten Naseh Shaker weiterhin willkürlich fest. Laut *Marsadak*, einer jemenitischen Beobachtungsstelle für Medienfreiheit, ließ man ihn im November 2023 verschwinden.

Die Regierung des Jemen

Die international anerkannte Regierung setzte ihre Schikanierung und Verfolgung von Journalist*innen in den von ihr kontrollierten Gebieten fort. Zwischen Januar und Oktober wurden in den Provinzen Hadramout und Ta'iz laut Angaben der jemenitischen Journalistengewerkschaft zehn Journalist*innen entweder zur Untersuchung vorgeladen oder willkürlich inhaftiert, weil sie Inhalte veröffentlicht hatten, die als kritisch gegenüber den Behörden angesehen wurden.

Wirtschaftliche und soziale Rechte

Die zusammenbrechende Wirtschaft und die sich verschlechternden öffentlichen Dienstleistungen, der anhaltende Konflikt, immer häufiger auftretende Klimakatastrophen und Kürzungen der humanitären Finanzmittel beeinträchtigten die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Menschen erheblich, darunter den Zugang zu Nahrung, Gesundheitsversorgung und Wasser.



Der Zugang zu Nahrungsmitteln blieb stark eingeschränkt. Nach Angaben des Welternährungsprogramms waren landesweit weiterhin 34 Prozent der Haushalte von schwerer Nahrungsmittelknappheit betroffen. Der Jemen war laut OCHA das „Land mit der dritthöchsten Ernährungsunsicherheit weltweit“.

Der Jemen litt weiterhin unter einer der weltweit schwersten Cholera-Krisen. Zwischen März 2024 und August 2025 wurden laut OCHA landesweit mehr als 332.000 Verdachtsfälle und 1.073 damit verbundene Todesfälle gemeldet.

Die abrupten und unverantwortlichen Kürzungen der US-Auslandshilfe gefährdeten die Gesundheit und die Menschenrechte von Millionen Menschen im Jemen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen waren. Dadurch wurden lebensrettende Hilfs- und Schutzmaßnahmen eingestellt, darunter die Behandlung von Unterernährung sowie Gesundheitsdienste für Kinder, die an Cholera und anderen Krankheiten litten.^[6]

Die Huthis verschärften die humanitäre Krise, indem sie wiederholt Massenverhaftungen durchführten und UN-Hilfskräfte sowie andere humanitär Tätige, die im Norden des Jemen lebensrettende Dienste leisteten, willkürlich inhaftierten.

Die Menschen im Süden des Jemen, darunter in den Provinzen Aden, Hadramout und Ta'iz, litten unter den häufigen und großflächigen Ausfällen von Wasser und Strom und unter der verschlechterten Grundversorgung. Das verletzte ihr Recht auf einen angemessenen Lebensstandard.

Starke Regenfälle und Überschwemmungen in Provinzen wie Ma'rib, Mahwit, Hodeidah und Ta'iz forderten Todesopfer, zerstörten Häuser und Lebensgrundlagen, verschärften die Binnenvertreibung und ließen Hunderte von Menschen ohne Obdach, Nahrung und sauberes Wasser zurück.

Rechte von Frauen und Mädchen

Frauen und Mädchen im gesamten Jemen waren weiterhin systemischer Diskriminierung und geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt. Im Jemen gab es kein gesetzlich festgelegtes Mindestheiratsalter, und fast ein Drittel der Frauen wurde vor dem 18. Lebensjahr verheiratet. Kinderheirat war mit lebenslangen Menschenrechtsverletzungen verbunden. Rund 5 Millionen Frauen hatten Schwierigkeiten beim Zugang zu reproduktiven Gesundheitsdiensten, wobei laut dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) fast 200 Frauen pro 100.000 Geburten starben.

Bis März hatten Kürzungen der USAID-Finanzmittel bereits die Schließung von Dutzenden von Schutzräumen erzwungen, die zur Prävention oder Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt im gesamten Jemen eingerichtet worden waren. Bis Juli mussten laut UNFPA auch Dutzende von Gesundheitseinrichtungen sowie Kliniken für reproduktive Gesundheit und Schutz schließen. Dadurch wurde Hunderttausenden von Frauen und Mädchen – darunter Überlebende geschlechtsspezifischer Gewalt – der Zugang zu lebenswichtiger Gesundheitsversorgung, psychosozialer Unterstützung und Rechtshilfe verwehrt.

Zusätzlich zu den Mittelkürzungen führte die Einstufung der Huthis als „ausländische terroristische Organisation“ durch die USA dazu, dass internationale Organisationen, die lebensrettende Programme zur Unterstützung unterernährter Kinder sowie schwangerer und stillender Frauen durchführten, ihre Aktivitäten in den von den Huthis kontrollierten Gebieten einstellten.



Die de-facto-Behörden der Huthis schränkten weiterhin das Recht von Frauen auf Bewegungsfreiheit ohne Begleitung oder schriftliche Genehmigung eines männlichen Vormunds (*mahram*) ein. Dies schränkte unter anderem das Recht der Frauen auf Arbeit ein.

Rechte von LGBTI+

Das jemenitische Strafgesetzbuch (1994) stellte einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen weiterhin unter Strafe. Artikel 264 bestraft Analverkehr mit 100 Peitschenhieben und bis zu einem Jahr Haft, wenn die Beschuldigten nicht verheiratet sind. Die Strafe ist der Tod durch Steinigung, wenn die Beschuldigten verheiratet sind. Artikel 268 bestraft Sex zwischen Frauen mit bis zu drei Jahren Haft.

Am 20. Januar verurteilte das von den Huthis geführte Sondergericht in Sanaa 18 Männer zum Tode, während 113 weitere Männer zu Haftstrafen zwischen zweieinhalb und 15 Jahren wegen verschiedener Anklagepunkte verurteilt wurden, darunter „Prostitution“, „Auftreten als Frauen“ und „unmoralische Handlungen“.

Recht auf eine gesunde Umwelt

Die Angriffe der Huthis auf die Schifffahrt stellten erhebliche Umweltrisiken dar und bedrohten das Leben im Meer sowie die Lebensgrundlagen der Küstengemeinden.

Am 6. und 7. Juli griffen die Huthis die *MV Magic Seas* bzw. die *MV Eternity-C* an. Beide Massengutfrachter sanken und hinterließen laut *Pax for Peace* massive Ölteppiche.

US-amerikanische und israelische Luftangriffe auf den Ölterminal Ras Isa sowie israelische Angriffe auf die Energieinfrastruktur, darunter die Kraftwerke Ras Kathib, Hezyaz und Dhahaban sowie Kraftstofflagerstätten, verursachten Explosionen und Großbrände, die die Luftqualität beeinträchtigten und zu Boden- und Wasserverschmutzung führten.

Laut den lokalen Behörden im al Rawda-Bezirk führte in der Provinz Shabwa die Beschädigung einer Ölpipeline, die das Ölfeld Ayaz mit dem Hafen al-Nashima verbindet, weiterhin zu schwerer Umweltverschmutzung, da große Mengen ausgelaufenen Rohöls laut lokalen Behörden im Bezirk al-Rawda landwirtschaftliche Flächen und das Grundwasser kontaminierten.

[1] Yemen: It Is a Miracle We Survived: US Air Strike on Civilians Held in Sa'ada Detention Centre, 29 October

[2] Yemen: A year on, Huthis should free UN, civil society staff, 30 May

[3] Yemen: Investigate death in custody of arbitrarily detained UN aid worker, 12 February

[4] Yemen: Huthis must immediately release prominent human rights lawyer and cease relentless crackdown on civic space, 1 October

[5] Yemen: Further information: Journalist Ahmad Maher released, 21 January

[6] Yemen: US abrupt and irresponsible aid cuts compound humanitarian crisis and put millions at risk, 10 April